

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

19. Januar 2018

Wochenbericht KW 3

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD zwischen 21 % und 18 %
Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen deutlich; langfristige Wirtschafterwartungen leicht pessimistisch
Allgemeine Lebenslage:	Mehr Bürger sehen Entwicklung im Land positiv Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa ¹ für RTL/n-tv	Emnid ² für BamS	FG Wahlen ³ für ZDF
CDU/CSU	34 (+1)	33 (-1)	33 (+1)
SPD	18 (-2)	21 (-)	20 (-3)
FDP	8 (-1)	8 (-)	8 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (+1)	10 (+1)
B'90/Grüne	12 (-)	10 (-1)	12 (-)
AfD	12 (+1)	13 (-)	12 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (+1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	1517.01.	1117.01.	1618.01.

Die Union liegt bei forsa 16 (+3), bei FG Wahlen 13 (+4) und bei Emnid 12 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die SPD liegt bei forsa bei 18 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Merkel	46 (-1)	
Schulz	19 (+1)	
keinen von beiden	35 (-)	
Erhebungszeitraum	0812.01.	

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 27 (-2) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

89 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Schulz.

Von den SPD-Anhängern würden sich 55 % (+2) für Schulz und 22 % (-1) für Merkel entscheiden.

2

¹ Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 08. – 12.01.2018 erhoben wurde.

² Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (21.01.2018)

³ im Vergleich zur KW 49/2017

Problemlösungskompetenz

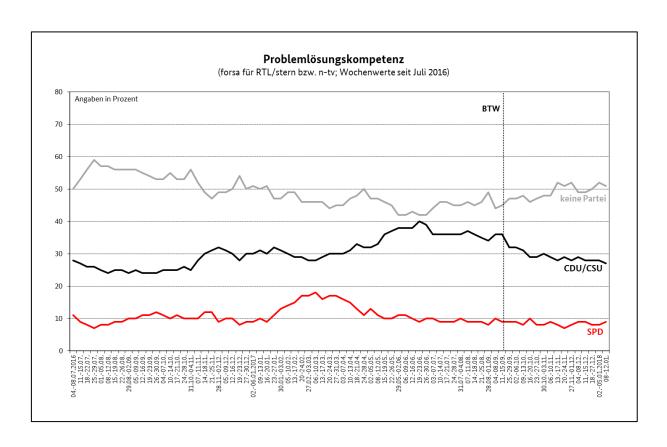
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	27	(-1)
SPD	9	(+1)
sonstige Parteien	13	(+1)
keine Partei	51	(-1)
Erhebungszeitraum	0812.01.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

51 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 34 % (-1) von ihrer Partei.





Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

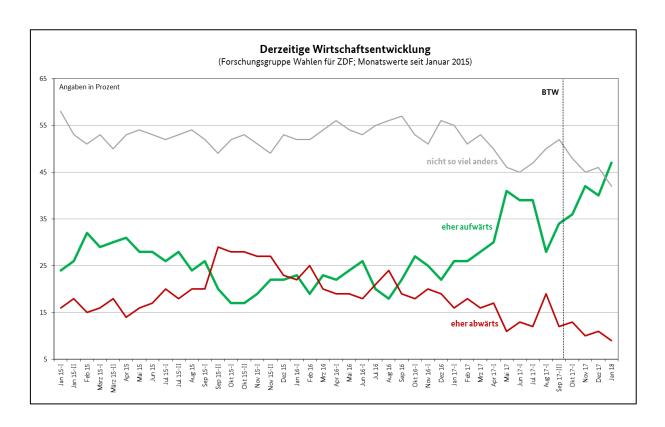
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	47	(+7)
eher abwärts	9	(-2)
nicht so viel anders	42	(-4)
Erhebungszeitraum	1618.01.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 49/2017 deutlich verbessert.

Anhänger der Grünen (62 %) und der SPD (55 %) sehen überdurschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (22 %) und der Linkspartei (14 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.





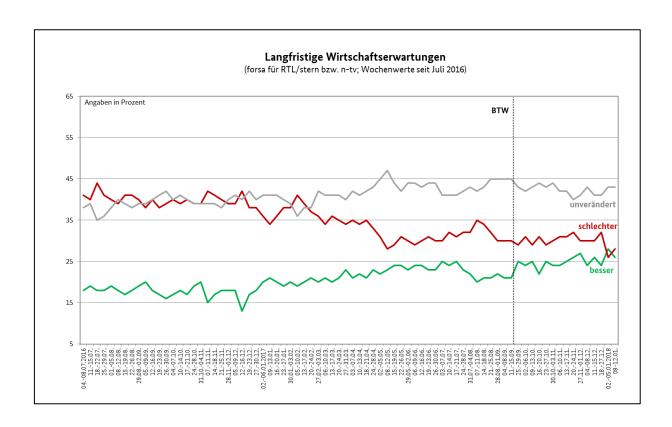
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	26 (-2)	
schlechter	28 (+2)	
unverändert	43 (-)	
Erhebungszeitraum	0812.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 2 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2017

Die Dinge entwickeln sich	forsa für BPA	
eher in die richtige Richtung	48 (+4)	
eher in die falsche Richtung	42 (-3)	
Erhebungszeitraum	0812.01.	

Unter 30-Jährige (59 %) sowie Anhänger der Union (66 %), der Grünen (60 %) und der SPD (55 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (52 % zu 40 %).

Für Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (49 %), Ostdeutsche und 45- bis 59-Jährige (jew. 48 %) sowie für Anhänger der AfD (82 %), der Linkspartei (58 %) und der FDP (49 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2017

Wie zufrieden sind Sie?	(senr)		weniger gar nic zufried	ht
mit der Lebensqualität in Deutschland	85	(-)	14	(-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	68	(+1)	27	(-)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	49	(+4)	50	(-4)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	43	(-)	51	(-1)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	36	(+1)	62	(-)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	35	(-)	60	(+2)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	31	(+1)	67	(+1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	29	(-2)	68	(+3)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	26	(-2)	70	(-)
Erhebungszeitraum		081	.2.01.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (85 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (72 %) und der Linkspartei (62 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (63 % zu 37 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (57 % zu 40 %). Ostdeutsche (65 %) und Geringverdiener (60 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) und der FDP (56 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (78 %) und 45- bis 59-Jährige (74 %) sowie Anhänger der AfD (87 %), der FDP und der Linkspartei (jew. 74 %) sind besonders oft unzufrieden mit der <u>Integration von Zuwanderern und</u> Ausländern.

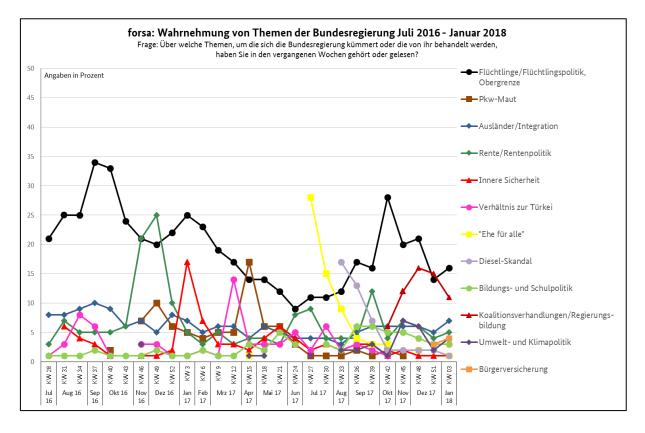
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 51/2017

	fors für BF	
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	16	(+2)
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	11	(-4)
Ausländer/Integration	7	(+2)
Rente/Rentenpolitik	5	(+1)
Bürgerversicherung	4	(+1)
Umwelt- und Klimapolitik	4	(+2)
Erhebungszeitraum	0812	.01.

"Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze" und "Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung" sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Das Thema <u>"Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze"</u> wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Grünen (22 %) genannt, unterdurchschnittlich oft von Personen mit einfacher formaler Bildung (10 %). Gutverdiener nennen das Thema häufiger als Geringverdiener (21 % zu 9 %).



Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2017

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	41 (-)
mache mir keine Sorgen	55 (-3)
Erhebungszeitraum	1016.01.

40- bis 49-Jährige (51 %) sowie Anhänger der AfD (78 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Ostdeutsche sind mehr besorgt als Westdeutsche (62 % zu 37 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung mehr als Personen mit hoher formaler Bildung (47 % zu 30 %). Unter 30-Jährige (66 %) sowie Anhänger der Grünen (70 %) und der SPD (64 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2017

	kurzfristig		langfr	istig
eher Vorteile	6	(-2)	19	(-7)
eher Nachteile	53	(+10)	31	(+2)
Vor- und Nachteile	35	(-9)	44	(+5)
gleichen sich in etwa aus	33	())		(.3)
Erhebungszeitraum	1016.01.			

<u>Kurzfristig</u> sehen Ostdeutsche (61 %) und 40- bis 59-Jährige (58 %) sowie Anhänger der AfD (84 %) und der FDP (60 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Auch <u>langfristig</u> sehen besonders häufig Anhänger der AfD (85 %) sowie 40- bis 49-Jährige (46 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (42 %) eher Nachteile. Hingegen sehen unter 30-Jährige (32 %), Personen mit hoher formaler Bildung (31 %) und Männer (24 %) sowie Anhänger der Linkspartei (40 %) und der Grünen (31 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 50/2017

	Emnid für BPA	
eher voran	23 (-1)	
eher nicht voran	68 (-3)	
Erhebungszeitraum	1016.01.	

Unter 30-Jährige (31 %) sowie Anhänger der Grünen (41 %), der Union (36 %) und der FDP (33 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (35 % zu 17 %).

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (77 %) und 40- bis 59-Jährige (74 %) sowie Anhänger der AfD (98 %), der Linkspartei (76 %) und der SPD (73 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	48	(+11)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	15	(-3)
US-Präsidentschaft Donald Trump	7	(-)
Erhebungszeitraum	1517	7.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Koalitionsverhandlungen bzw. der Regierungsbildung. Überdurchschnittlich häufig sehen 35- bis 49-Jährige (54 %) sowie Anhänger der Grünen (63 %), der Union (60 %) und der FDP (56 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (54 % zu 35 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (57 % zu 32 %). Unter 35-Jährige (41 %) sowie Anhänger der AfD (33 %) und der SPD (41 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Geringverdiener (20 %) sowie Anhänger der AfD (36 %) und der FDP (26 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders häufig. Anhänger der Linkspartei (8 %) und der Grünen (9 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

